

Tagungsbeitrag zur Online-Konferenz zum Deutsch-Russischen Jugendaustausch - Zukunft braucht Erinnerung

1. Einleitung

In der politischen Bildung in Deutschland geht es nicht ausschließlich darum zu wissen, wie viele Abgeordnete im Deutschen Bundestag sitzen oder welche Aufgaben diese oder jene Institution hat. Es geht vielmehr um die Beantwortung der Fragen: Wie wollen wir zusammen leben? Welche Gesellschaft wünsche ich mir und welche Möglichkeiten habe ich, meine eigenen Bedürfnisse und Interessen zu artikulieren? Bei der Beantwortung dieser Fragen gibt es kein Richtig oder Falsch, denn im Endeffekt will politische Bildung zur kritischen Selbstreflexion und zum offenen Austausch anregen und Menschen befähigen, sich in einer komplexer werdenden Welt zurechtzufinden. Dazu kann es auch hilfreich sein, einen Blick in die Geschichte zu wagen oder über den eigenen kulturellen Horizont hinauszugehen. Politische (Jugend-)Bildung hat die Möglichkeit, durch ihre Vielfältigkeit der angewandten Methoden, Themen und Formate diese Bildungsprozesse anzuleiten.

Dieser Fachbeitrag bietet einen kurzen Überblick über das Feld der außerschulischen politischen Jugendbildung in Deutschland. Es erfolgt eine Einordnung in die Praxisfelder der politischen Bildung sowie ein Überblick über Entwicklungslinien der außerschulischen politischen Jugendbildung. Welchen Prinzipien und Leitsätzen folgt die Bildungsarbeit und wie ist diese (förder-)rechtlich verankert? Der zweite Teil des Beitrages fokussiert die historisch-politische Jugendbildung und hier insbesondere die internationale Dimension im deutsch-russischen Kontext.

2. Politische Jugendbildung in Deutschland

2.1 Praxisfelder politischer Bildung – Eine Einordnung der politischen Jugendbildung

Einen guten Überblick über die einzelnen Praxisfelder der politischen Bildungsarbeit innerhalb der jeweiligen übergeordneten Kategorien Erwachsenenbildung, Schule sowie Kinder- und Jugendhilfe bietet der Verein „Transfer für Bildung e.V.“, der in diesem Jahr eine „Topografie der Praxis politischer Bildung“ entworfen hat (siehe Abbildung 1). Deutlich wird hier auch, dass es zu den jeweiligen Bereichen Überschneidungen, aber auch klare Abgrenzungen gibt. Die Topografie macht anschaulich, wie weit verzweigt politische Bildung in den einzelnen Bereichen ist, aber auch die Vielfalt der Akteure, die politisch bildend aktiv sind.

Kinder- und Jugendarbeit ist ein Teil der Kinder- und Jugendhilfe und wird maßgeblich durch den §11 im SGB VIII (Sozialgesetzbuch) bestimmt. Hier gilt das Prinzip der Subsidiarität: Ausgeführt wird sie in erster Linie von Trägern der öffentlichen und freien Jugendhilfe. Politische Jugendbildung ist ebenfalls im §11 SGB VIII (3) verankert und wird von öffentlichen und freien Trägern ausgeführt. Die Angebotsstruktur für non-formale politische Jugendbildung ist ausgesprochen heterogen und pluralistisch. In der „Gemeinsamen Initiative der Träger Politischer Jugendbildung im bap[1]“ (GEMINI) sind über 1.750 Einrichtungen, Bildungsstätten, Akademien und Verbände organisiert, die schätzungsweise 700.000 Teilnehmende mit Angeboten erreichen können (Balzter et al. 2014, 12).

Auf Bundes- und Länderebene bieten zudem Bundes- und Landeszentralen für politische Bildung als staatliche Behörden Angebote in allen drei Kernbereichen politischer Bildung: Schule, Jugend- und Erwachsenenbildung.

Besatzungszonen (Vgl. Sander 2014, 19; Hafeneger 2014, 223). Ziel dieser Politik war die Demokratisierung von Kindern und Jugendlichen, um hier einen Prozess von unten in Gang zu setzen (Balzter et al. 2014, 11). Ab 1950 wurde dies auch politisch mit der Einführung des mit 18 Mio. DM ausgestatteten Bundesjugendplanes gefördert.

Eine zweite Entwicklungswelle setzte in den 1970er Jahren ein, als sich die politische Bildung weiter professionalisierte, institutionalisierte und verrechtlichte. Jugendbildungsgesetze in den Bundesländern waren Bestandteile von Bildungsreformen und die Zielsetzung erweiterte sich dahingehend, Bildungschancen auch im Bereich der politischen Bildung zu ermöglichen (Hafeneger 2014, 223 f).

Eine dritte Phase der Entwicklung begann in den 1990er Jahren direkt nach der Wiedervereinigung Deutschlands und war durch ausländerfeindliche, rechtsextreme und gewalttätige Erscheinungen geprägt wie beispielsweise die Ausschreitungen von Rostock-Lichtenhagen 1992 oder die Brandanschläge von Mölln 1992, die die Jugendbildung vor neue Aufgaben stellten. Die Bundesregierung reagierte ebenfalls mit neuen Förderprogrammen zur Extremismusprävention und Demokratiebildung (Balzter et al. 2014, 12).

Politische Jugendbildung in Deutschland ist keine Institutionenkunde oder Staatsbürgerkunde. Um ein Verständnis davon zu entwickeln, was politische Jugendbildung bedeutet, ist es wichtig, sich mit dem Politischen zu beschäftigen. In der Jugendbildung hat sich weitgehend ein „erfahrungs- und damit subjektbezogener Politikbegriff entwickelt [...]; es werden die konkreten und für die Teilnehmenden unmittelbar nachvollziehbaren Berührungspunkte zwischen Subjekt und politischen Entscheidungen in den Veranstaltungen angestrebt“ (Schröder 2011, 174). Das Politische ist demnach nicht nur dort, wo es sich „Politik“ nennt und sich damit auf staatsbezogenes Handeln bezieht. Das Politische ist „die Art und Weise [...], wie wir gesellschaftlich miteinander verbunden sind – im Gemeinwesen“ (Schröder 2011, 175).

In ihrer wissenschaftlichen Wirkungsstudie zur biographischen Nachhaltigkeit politischer Jugendbildung „Wie politische Bildung wirkt“ benennen Nadine Balzter et al. einen Dreischritt politischer Jugendbildung als Grundkonsens, der drei Teilziele enthält: Wissen vermitteln, Urteilsbildung ermöglichen und zur Partizipation ermutigen (2014, 20). Laut dem Kinder- und Jugendplan (KJP) des Bundes vermittelt politische Bildung

„jungen Menschen durch vielfältige Themen und Angebote Kenntnisse über politische Zusammenhänge und zeigt ihnen Möglichkeiten der Mitwirkung an gesellschaftspolitischen Prozessen. Sie hat zum Ziel, demokratisches Bewusstsein und politische Teilhabe von jungen Menschen zu fördern und sie zu befähigen, einen Beitrag zur Weiterentwicklung der demokratischen Kultur zu leisten.“ (BMFSFJ 2016, 813)

Der Erziehungswissenschaftler Achim Schröder definiert politische Jugendbildung wie folgt: „Politische Jugendbildung ist die Unterstützung und Förderung von selbsttätigem Denken und Handeln durch pädagogisch reflektierte Angebote mit dem Ziel, sich mit den Angelegenheiten des demokratischen Gemeinwesens zu beschäftigen, sich selbst im Politischen zu verorten und auf diese Weise Zusammenhänge herzustellen“ (Schröder 2011, 175).

Ein weiteres Grundprinzip der außerschulischen Jugendbildung, das sich insbesondere vom Bereich Schule abgrenzt, ist das der Freiwilligkeit. Die Teilnehmenden nehmen die Angebote aus freien Stücken wahr und es finden keine Benotung oder Prüfungen statt. Dieses Prinzip sorgt auch dafür, dass die Anbietenden von Jugendarbeit Angebote schaffen müssen, die dem Zeitgeist der Jugendlichen entsprechen und für diese attraktiv sind.

Trotz der klaren Abgrenzung von Schule und außerschulischer (politischer) Jugendbildung kommt es häufig zu Kooperationen zwischen beiden Bereichen. So werden auch im Unterricht außerschulische Lernorte (z.B. Gedenkstätten) aufgesucht, an denen Schüler*innen oder Schulklassen an entsprechenden Angeboten teilnehmen.

2.3 Der Kinder- und Jugendplan des Bundes

Das jugend- und förderpolitische Instrument der Bundesregierung ist der Kinder- und Jugendplan des Bundes (KJP). Politische Bildung gehört hier zu den Schwerpunkten förderfähiger Aktivitäten. Insgesamt können sechs Varianten geförderter Träger und Einrichtungen beschrieben werden: 1) Dach- und Fachverbände; 2) eine Struktur oder Netzwerk aus zivilgesellschaftlichen Fachorganisationen und Aktivitäten 3) ein Fachzentrum, das seinen Mitgliedern als informative Anlaufstelle dient und Kursangebote anbietet; 4) Bildungsbezogene Initiativen und Vereine mit jeweils spezifischen thematischen Schwerpunkten, die eigene Angebote umsetzen; 5) Akademien und Bildungsstätten; 6) ein (jugend)bildungsbezogenes Referat innerhalb einer Organisation, das Angebote der außerschulischen Bildung speziell für Jugendliche anbietet (Deutsches Jugendinstitut 2014, 18).

Formal rechtlich ist die außerschulische politische Jugendbildung Teil der Jugendarbeit. Im §11 des Sozialgesetzbuches (SGB VIII) werden die Schwerpunkte der Jugendarbeit benannt: „außerschulische Jugendbildung mit allgemeiner, politischer, sozialer, gesundheitlicher, kultureller, naturkundlicher und technischer Bildung“. In diesem Paragraphen wird ebenfalls die Zielsetzung der Angebote außerschulischer Jugendbildung klar: „Sie sollen an den Interessen junger Menschen anknüpfen und von ihnen mitbestimmt und mitgestaltet werden, sie zur Selbstbestimmung befähigen und zu gesellschaftlicher Mitverantwortung und zu sozialem Engagement anregen und hinführen“.

Die Gesamtmittel, die 2020 im KJP zur Verfügung stehen, belaufen sich auf 219 Millionen Euro (vgl. Bundeshaushaltsplan 2020, 2505). Damit können Kurse und Arbeitstagen, Internationale Begegnungen, Kleinaktivitäten, Großveranstaltungen und sonstige Aktivitäten gefördert werden. Außerdem stehen Mittel für Personalkosten zur Verfügung. Ein Fachverband ist z.B. der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten, der als Zentralstelle für KJP-Mittel im Rahmen des Programmes politische Jugendbildung sogenannte Jugendbildungsreferent*innen einstellt, die in den Themenbereichen digitale Medien und Demokratie, Flucht und Migration, Erinnerungskultur und Teilhabe sowie Arbeit und Lebensperspektive aktiv sind.

2.4 Minimalkonsens “Beutelsbacher Konsens”

In Folge der 1968er-Bewegung entwickelte sich in der Bundesrepublik eine polarisierte Diskussion zwischen „Vertretern eines ‚linken‘ Lagers, in dem politische Bildung als pädagogisches Instrument zur Demokratisierung der Gesellschaft verstanden wurde, und neuen ‚konservativen‘ Ansätzen, die die Aufgabe des Faches eher in der Verteidigung der verfassungsmäßigen politischen Ordnung und der Sozialen Marktwirtschaft sahen“ (Sander 2014, 20). Diese Auseinandersetzungen führten dazu, dass z.B. die Landeszentralen für politische Bildung bei ihren Veranstaltungen Referent*innen nicht nur nach fachlichen Kriterien auswählten, sondern nachpolitischem Proporz, um das gesamte politische Spektrum darzustellen (Sander 2014, 20). 1976 lud die Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg zu einer Fachtagung in das schwäbische Beutelsbach ein. Im Nachklapp dieser Tagung entstand ein Bericht unter der Überschrift „Konsens à la Beutelsbach?“, worin drei Grundprinzipien politischer Bildung identifiziert wurden:

- 1) Überwältigungsverbot: Es ist Bildner*innen nicht erlaubt, Schüler*innen oder Teilnehmende an Veranstaltungen politischer Bildung „im Sinne erwünschter Meinungen zu überrumpeln und damit an der ‚Gewinnung eines selbstständigen Urteils‘ zu hindern“ (Wehling 2016, 24).
- 2) Kontroversitätsgebot: Was in Wissenschaft und Politik kontrovers diskutiert wird, muss auch in der politischen Bildung kontrovers dargestellt werden.
- 3) Schülerorientierung Schüler*innen oder Teilnehmende an Veranstaltungen politischer Bildung müssen befähigt werden, in politischen Situationen ihre eigenen Interessen zu analysieren sowie nach „Mitteln und Wegen zu suchen, die vorgefundene politische Lage im Sinne [eigener] Interessen zu beeinflussen“ (Wehling 2016, 24).

Der „Beutelsbacher Konsens“ war eigentlich gedacht für die politische Bildung an Schulen. Lehrpläne kommen seitdem kaum ohne einen Verweis auf ihn aus. Für die Praxis der politischen Bildung gilt er als eine Art „Kern der Berufsethik“ (Sander 2014, 22). Auch über den Lernort Schule hinaus hat der „Beutelsbacher Konsens“ breite Anerkennung gefunden und wird auch im Bereich der außerschulischen politischen Jugend- und Erwachsenenbildung weitgehend akzeptiert.

Aktuell befindet sich der „Beutelsbacher Konsens“ wieder in der Debatte. Dabei geht es darum, ob der Konsens zu politischer Neutralität in der Praxis der politischen Bildung aufruft – eine Forderung, die vor allem von der Partei „Alternative für Deutschland“ aufgestellt wurde. Die Antwort von Seiten der politischen Bildner*innen aus verschiedenen Kontexten (Schule, Hochschule, Jugend- und Erwachsenenbildung) kam im Rahmen der „Frankfurter Erklärung. Für eine kritisch-emanzipatorische politische Bildung“. In aller Kürze: Der „Beutelsbacher Konsens“ gebietet keine Neutralität der Bildner*innen. Politische Bildung in Deutschland ist normativ geprägt – sie basiert auf der Grundlage der freiheitlich-demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes. Tendenzen, die diese Prinzipien unterminieren, dürfen und müssen thematisiert und auch kritisiert werden.

2.5 Biographische Nachhaltigkeit außerschulischer politischer Jugendbildung

Wie nachhaltig können Maßnahmen der außerschulischen politischen Jugendbildung auf die Biographie der Teilnehmenden wirken? Dies untersuchte eine Wirkungsstudie von Nadine Balzter et al., auf die hier kurz eingegangen werden soll.

Balzter et al. befragten ehemalige Teilnehmende fünf Jahre nach ihrer Seminarteilnahme. Mit dieser Befragung gingen die Autor*innen der Studie über bis dahin vorliegende Studien hinaus, die lediglich die direkt am Seminarende erfolgten Seminarevaluationen auswerteten. Die Autor*innen kommen dabei zu dem Ergebnis, dass es viele Belege für eine langfristige Wirkung von politischer Jugendbildung gibt (vgl. 2014, 212). Es hat sich zudem herausgestellt, dass es der politischen Jugendbildung gelingt, „die Jugendlichen und jungen Erwachsenen in ihrer jeweiligen Persönlichkeit anzusprechen und politisch anzuregen“ (2014, 212). Ehemalige Teilnehmende berichteten auch darüber, wie die Teilnahme dazu angeregt hat, nachzudenken, andere Meinungen zu hören und neue Horizonte zu erschließen. Die Autor*innen der Studie resümieren: „Insgesamt finden die Ziele politischer Jugendbildung – Wissen vermitteln, Urteilsbildung ermöglichen, zur Mitwirkung anregen – in den Interviews eine breite Bestätigung.“ (2014, 213). Es konnte eine Typologie herausgearbeitet werden, die anzeigt, in welche Richtungen politische Jugendbildung wirkt und wie stark die jeweiligen Angebote Einfluss darauf genommen haben. So 1) wirkte politische Bildung als Förderer für politisches Engagement, 2) sie konnte eine berufliche Orientierung induzieren, 3) sie konnte eine politisch aufgeklärte Haltung unterstützen oder hervorbringen und 4) sie konnte basale soziale Grundkompetenzen vermitteln, die für politische Aktivität unerlässlich sind (2014, 214). Die Studie kam zu einem weiteren, überraschenden Ergebnis: Politische Bildung bewirkte offenbar auch berufliche Orientierung. Dies ist kein eigentliches Ziel politischer Bildung, allerdings in Zeiten von Nachwuchssorgen in der institutionalisierten Politik nicht zu vernachlässigen (2014, 214).

3. Historisch-politische Bildung im Deutsch-Russischen Kontext

3.1 Historisch-politische Jugendbildung – eine Einordnung

„Historische Kenntnisse sind unentbehrlich, um politische Entscheidungen richtig einzuschätzen, diverse Staatsformen in ihren Auswirkungen auf den Bürger und die wirtschaftliche Entwicklung zu beurteilen sowie Verführungskünste von Populisten zu entlarven“ (Bodensteiner 2017, 6), so Paula Bodensteiner in der Einleitung zu einem Fachartikel, der die Bedeutung (historisch)-politischer Bildung zum Inhalt hat. Deutlich wird hier bereits, dass vom Gestern auf das Heute geschlossen werden kann und sogar muss, aber auch das Morgen vom Gestern beeinflusst ist. In der historisch-politischen Bildung ist Geschichte nicht nur Vergangenheit, sondern hat eine starke Gegenwartsdimension: „Durch historisches Lernen wird die Fähigkeit entwickelt, vergangene Phänomene zu reflektieren, um gegenwärtige Probleme zu lösen“ (Lange 2014, 321). Dabei wird zwischen der Vergangenheit, der Gegenwart und der Zukunft ein Zusammenhang herausgearbeitet.

Wichtig für die außerschulische politische Bildung ist hierbei, analog zu anderen Themengebieten, dass die historisch-politische Bildung bei den Interessen der Jugendlichen und jungen Erwachsenen andockt. Historisch-politische Bildung

„will das Rollen-Handeln in einer historischen Situation verstehen und auch nicht wahrgenommene Optionen untersuchen. Sie wird zunächst an den Interessen der Lernenden ansetzen und thematisieren, welchen persönlichen Hintergrund Lernende ‚mitbringen‘ (z.B. Migrationsgeschichte). Sie ‚entdeckt‘ immer auch nicht-eurozentrische, nicht-weiße Perspektiven und lässt sie gelten. Sie fragt nach Ambiguitäten, hält diese nicht nur aus, sondern befördert sie sogar. Und: Sie wagt Multiperspektivität“ (Krüger 2017).

In diesem Ausschnitt aus einer Rede des Präsidenten der Bundeszentrale für politische Bildung, Thomas Krüger, wird deutlich, dass es bei historisch-politischer Bildung nicht nur darum geht, Geschichte so wiederzugeben, wie sie in Lehrbüchern vermittelt wird. Es geht vor allem um Kontextualisierung, das In-Beziehung-Setzen von Geschichte mit der eigenen Biographie, der Familienvergangenheit, der eigenen Sozialisation oder mit eigenen Erfahrungen.

Innerhalb der politischen Bildung ist die historisch-politische Bildung ein Querschnittsthema, sie bildet aber auch einen eigenständigen Schwerpunkt. Es gibt Träger und Einrichtungen, die sich fast ausschließlich historisch-politischen Themen- und Fragestellungen widmen.

Erinnerungskultur muss als Thema historisch-politischer Bildung spezielle Erwähnung finden. Für die Pädagogik hat es Theodor W. Adorno bereits in den sechziger Jahren auf den Punkt gebracht:

„Die Forderung, daß Auschwitz nicht noch einmal sei, ist die allererste an Erziehung [...] Man muß die Mechanismen erkennen, die die Menschen so machen, daß sie solcher Taten fähig werden, muß ihnen selbst diese Mechanismen aufzeigen und zu verhindern trachten, daß sie abermals so werden, indem man ein allgemeines Bewußtsein jener Mechanismen erweckt. [...] Erziehung wäre sinnvoll überhaupt nur als eine zu kritischer Selbstreflexion“ (Adorno, 1970: 92 ff).

In Deutschland wird Erinnerung und Erinnerungskultur vorrangig an die Erfahrungen des Totalitarismus unter den Nationalsozialisten und an den Holocaust geknüpft. Das Leitmotiv „Nie wieder!“ ist dabei handlungsleitend und hat schließlich auch Einzug in das Grundgesetz gehalten. Ein Verfassungsprinzip des Grundgesetzes ist die sog. „Wehrhafte Demokratie“ – Instrumente, die verhindern sollen, dass die „freiheitlich-demokratische Grundordnung“ Deutschlands abgeschafft werden kann. Aber auch die Auseinandersetzung mit und die Aufarbeitung der DDR-Zeit ist ein wesentliches Ziel deutscher Erinnerungskultur. Ein Thema, das langsam ins Bewusstsein rückt, ist die Aufarbeitung der deutschen Kolonialgeschichte.

Eine weitere Dimension, und zwar nicht nur in der historisch-politischen Bildung, ist die Ausweitung auf die internationale Ebene. Im Rahmen von internationalen Begegnungen, Austauschen oder Freiwilligendiensten lassen sich diese Perspektiven um eine interkulturelle Komponente erweitern. In internationalen Settings werden Fähigkeiten erworben, die die Möglichkeit bieten, Sprachgrenzen zu überschreiten, den Umgang mit Unterschieden zu reflektieren und Differenzen auszuhalten und zu verhandeln (vgl. Bundschuh und Jagusch 2011, 195). Vorsicht gilt es walten zu lassen bezüglich der Gefahr einer Kulturalisierung, d.h., dass die Teilnehmenden „auf ihre Kultur reduziert werden, die sich wie abgeschlossene Einheiten zueinander verhalten“ (Bundschuh und Jagusch 2011, 195).

3.2 Internationale historisch-politische Bildung im deutsch-russischen Kontext – Themen, Träger, Förderung

Russland spielt im Bereich der internationalen Jugendbegegnungen als Partnerland eine wichtige Rolle. Das zeigt allein schon die Existenz der Stiftung Deutsch-Russischer Jugendaustausch (Stiftung DRJA). Analog zu anderen bilateralen Austauschorganisationen wie z.B. dem Deutsch-Polnischen Jugendwerk oder dem Deutsch-Französischen Jugendwerk wurde sie aufgrund eines bilateralen Regierungsabkommens gegründet.

Die Stiftung DRJA fungiert als Nationales Koordinierungsbüro und zentrale Förderstelle im KJP und fördert Projekte der deutsch-russischen bilateralen Jugendarbeit. Laut Statistik haben z.B. 2019 insgesamt 212 Maßnahmen im außerschulischen Bereich stattgefunden, die insgesamt 5.051 Teilnehmende erreicht haben (DRJA 2020). Bei der Betrachtung der Zahlen im Einzelnen lässt sich feststellen, dass das Themengebiet „Politik und Geschichte“ in der letzten Dekade im Vergleich zu anderen Themenstellungen konstant stark vertreten ist, wenn auch die Zahlen seit 2015 rückläufig sind. [2]

Gefördert durch die Stiftung DRJA gibt es im Bereich des deutsch-russischen Jugendaustausches einige Akteure, die Maßnahmen der politischen Jugendarbeit durchführen. Zu nennen ist hier beispielsweise der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten (AdB), der Zentralstelle im KJP ist und seine Mitgliedseinrichtungen bei der Förderbeantragung derartiger Maßnahmen unterstützt. Bilaterale Maßnahmen im deutsch-russischen Kontext sind hier jedoch weniger stark vertreten. Ein weiteres Beispiel ist die Organisation MitOst e.V., die politische Bildung mit Mitteln der kulturellen Bildung verbindet und ebenfalls Maßnahmen mit deutscher und russischer Beteiligung durchführt, aber auch osteuropäische Länder einbindet. Ein Jugendverband, der sich ebenfalls dem internationalen Austausch verpflichtet fühlt, ist der Bundesverband „djo - Deutsche Jugend in Europa“ (djo). Die djo sieht sich als Brücke zwischen Ost und West und bietet daher verstärkt Austauschmaßnahmen mit Russland, Ostmittel-, Ost- und Südosteuropa an.

Im Bereich der historisch-politischen Bildung ist unbedingt die internationale Arbeit der Gedenkstätten, die zum Teil eigene Jugendbildungsstätten betreiben, und Organisationen wie z.B. die Aktion Sühnezeichen Friedensdienste (ASF e.V.) und der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge zu nennen. Für ASF e.V. ist die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und seinen Verbrechen Motiv und Verpflichtung für konkretes Handeln in der Gegenwart. ASF setzt sich vor diesem Hintergrund weltweit für Frieden und gegen Rassismus ein und vermittelt langfristige freiwillige Friedensdienste. Darüber hinaus bietet sie auch die Möglichkeit, im Rahmen von Sommer-Workcamps kurzfristige Friedensdienste abzuleisten. Begleitet werden die Freiwilligendienste von Maßnahmen politischer, insbesondere auch historisch-politischer Bildung. Der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge ist eine humanitäre Organisation, die im Auftrag der Bundesregierung Gräber deutscher Kriegstoter erfasst, erhält und pflegt. Der Volksbund hat sich zudem zur Aufgabe gesetzt, sich aktiv für Frieden und Verständigung einzusetzen, auch im Bereich der außerschulischen Jugendarbeit. Maßnahmen sind Workcamps und Jugendbegegnungen. Dafür betreibt der Volksbund auch eigene Jugendbegegnungs- und Bildungsstätten.

Zentrale Orte deutscher Erinnerungskultur sind Gedenkstätten. Insbesondere an den Orten ehemaliger Konzentrationslager befinden sich heute Bildungsstätten, die in der Regel eigene pädagogische Angebote für Schulklassen und Erwachsenenengruppen, aber auch für Jugendliche und junge Erwachsene in der außerschulischen Bildung bereit halten. Dabei spielt auch der internationale Bezug eine Rolle – waren doch viele der Häftlinge aus den besetzten Gebieten im Ausland. Der Homepage der Gedenkstätte Bergen-Belsen ist beispielsweise zu entnehmen, dass dort auch internationale Begegnungen stattfinden: „Im Austausch über die unterschiedlichen Zugänge zur Geschichte in den jeweiligen Ländern sowie darauf bezogene Erinnerungskultur(en) und Vergangenheitspolitiken können neue Sichtweisen erworben und andere Standpunkte besser verstanden werden. Der internationale Austausch soll eine kritische Reflexion über die verschiedenen nationalen Geschichtsbilder ermöglichen“.

Neben der Förderung von Maßnahmen durch den KJP gibt es noch eine Reihe weiterer Fördermöglichkeiten. Exemplarisch sei hier auf die Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ (EVZ) verwiesen. Gegründet im Jahr 2000, vorrangig um Zahlungen an ehemalige Zwangsarbeiter*innen abzuleisten, fördert die Stiftung EVZ heute eine Reihe von (internationalen) Projekten der Jugend- und Erwachsenenbildung, die sich den Themen Auseinandersetzung mit der Geschichte, Handeln für Menschenrechte und Engagement für Opfer des Nationalsozialismus befassen. Dazu initiiert die Stiftung regelmäßig Projektausschreibungen, von denen einige explizit auf internationaler Ebene in Zusammenarbeit mit Partnern aus Osteuropa und Russland stattfinden sollen. Ein weiteres, wichtiges Förderinstrument ist das EU-Programm Erasmus+, in dem Russland als Partnerland der Region 4 unter bestimmten Voraussetzungen als solches anerkannt ist.

Die vorgenannten Beispiele zeigen ganz gut, dass Adornos Leitsatz „Nie wieder Auschwitz“ in die deutsche politische Jugendbildung Einzug gehalten hat. Selbst wenn es inhaltlich nicht direkt um die Aufarbeitung der Verbrechen der NS-Diktatur geht, ist der Gedanke der kritischen Selbstreflexion immer auch übergeordnetes Ziel der Maßnahmen in der politischen Jugendbildung.

Literaturverzeichnis

Adorno, Theodor W. (1970), „Erziehung nach Auschwitz, in: Gerd Kadelbach (Hrsg.): „Theodor W. Adorno. Erziehung zur Mündigkeit. Vorträge und Gespräche mit Hellmuth Becker 1959-1969, Frankfurt am Main, S. 92-109.

Bodensteiner, Paula (2017), Historisches Wissen in Zeiten des Wandels. Demokratie erfordert Politische Bildung, in: Politische Studien, Heft 476, S. 6-8.

Bundshaushaltsplan (2020), Einzelplan 17. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, in: Gesetz über die Feststellung des Bundshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2020 (Haushaltsgesetz 2020) vom 21. Dezember 2019, S. 2494-2581.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (2016): Richtlinien von Zuschüssen und Leistungen zur Förderung der Kinder- und Jugendhilfe durch den

Kinder- und Jugendplan des Bundes (KJP), 29. September 2016, <https://www.bmfsfj.de/blob/111964/2f7ae557daa0d2d8fe78f8a3f9569f21/richtlinien-kjp-2017-data.pdf>, letzter Zugriff: 07.09.2020.

Bundschuh, Stephan und Birgit Jagusch (2011), Interkulturelle Jugendbildung, in: Hafener, Benno (Hrsg.), Handbuch Außerschulische Jugendbildung. Grundlagen – Handlungsfelder – Akteure, Schwalbach/Ts., S. 187-197.

Deutsches Jugendinstitut (Hrsg.) (2014), Evaluation des Kinder- und Jugendplans des Bundes. Endbericht zum KJP-Förderprogramm „Allgemeine politische Bildung“ (P 01.01).

DRJA (2020), Darstellung der Entwicklung der stattgefundenen Maßnahmen im außerschulischen Bereich, https://www.stiftung-drja.de/Resources/Persistent/ca579974874396f854439fb32aacaeb3fc4b899/Webversion_Statistik_SDRJA_26.06.2020.pdf, letzter Zugriff 13.09.2020.

Gedenkstätte Bergen-Belsen, Internationale Begegnungen, <https://bergen-belsen.stiftung.de/de/bildung-begegnung/veranstaltungen-der-bildung-und-begegnung/>, letzter Zugriff: 13.09.2020.

Krüger, Thomas (2017): Mit Erinnerungspolitik die Demokratie verteidigen – Wirkungsmächtigkeit der Erinnerungsarbeit, 01.06.2017, <https://www.bpb.de/presse/249755/mit-erinnerungspolitik-die-demokratie-verteidigen-wirkungsmachtigkeit-der-erinnerungsarbeit-berlin-01-juni-2017>, letzter Zugriff 13.09.2020.

Lange, Dirk (2014), Historisches Lernen als Dimension politischer Bildung, in: Wolfgang Sander (Hrsg.), Handbuch politische Bildung, Bonn, S. 321-328.

Sander, Wolfgang (2014), Geschichte der politischen Bildung, in: ders. (Hrsg.), Handbuch politische Bildung, Bonn, S. 15-30.

Transfer für Bildung e.V., Topografie der Praxis politischer Bildung interaktiv, <https://transfer-politische-bildung.de/transfERMATERIAL/topografie-der-praxis/topografie-interaktiv/>, letzter Zugriff: 07.09.2020.

Wehling, Hans-Georg (2016), Konsens à la Beutelsbach? Nachlese zu einem Expertengespräch. Textdokumentation aus dem Jahr 1977, in: Widmaier, Benedikt/ Peter Zorn (Hrsg.): Brauchen wir den Beutelsbacher Konsens? Eine Debatte der politischen Bildung, Bonn 2016, S. 19-36.

[1] bap: Bundesausschuss Politische Bildung

[2] Über die Gründe für die rückläufigen Zahlen liegen keine Angaben vor. Naheliegender ist jedoch, dass die angespannte politische Lage zwischen Deutschland und Russland ursächlich ist.

